



Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

An die
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

An die
Mitglieder der SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Lars Klingbeil, MdB
Bundesminister

Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Tel. +49 30 18 682-4249

poststelle@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

29. April 2026

Betreff: Eckwerte für den Bundeshaushalt 2027 und die Finanzplanung bis 2030

Seite 1 von 5

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese Legislaturperiode wird weiterhin stark von globalen Krisen geprägt. Russland setzt seinen Angriffskrieg in Europa gegen die Ukraine unvermindert fort. Die weltweiten Auswirkungen der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den USA, Israel und Iran zeigen sich insbesondere an den internationalen Energiemärkten und werden für alle Bürgerinnen und Bürger an den Tankstellen sichtbar. Die transatlantische Partnerschaft hat ihre Selbstverständlichkeit verloren.

Noch vor wenigen Wochen konnten wir mit einem leichten Wirtschaftswachstum für dieses und nächstes Jahr rechnen. Nach Jahren der Wachstumsschwäche haben die Konjunkturprognosen endlich wieder eine spürbare wirtschaftliche Dynamik vorausgesagt – vor allem durch eine Stärkung des Standorts Deutschland aufgrund der massiven öffentlichen Investitionen und Maßnahmen wie dem Wachstumsbooster. Der Krieg im Iran und der weltweite Energiepreisschock haben diese Dynamik gestoppt. Die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung erwartet nur noch Zuwachsraten des preisbereinigten BIP von 0,5 % im Jahr 2026 und 0,9 % im Jahr 2027.

Gerade in diesen Zeiten braucht es Richtung und Zuversicht. Dieser Verantwortung wird die Bundesregierung gerecht und hat heute die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2027 und die Finanzplanung bis 2030 beschlossen. Die Eckwerte sind ein wichtiger Schritt hin zu unserer eigenen Stärke und verbindliche Grundlage für den Regierungsentwurf, dessen Kabinettsbeschluss am 06. Juli geplant ist.

Inmitten massiver Turbulenzen, Unsicherheiten und Krisen bewältigen wir eine große finanzpolitische Aufgabe. Der Bundesregierung gelingt, den Handlungsbedarf von 34,3 Milliarden Euro gegenüber der Finanzplanung und zuletzt 20 Milliarden Euro mit den Eckwerten für das Haushaltsjahr 2027 vollständig aufzulösen und für 2028 mehr als zu halbieren. Der haushalts- und finanzpolitische Handlungsdruck bleibt jedoch weiterhin hoch. Alle Ressorts stehen in der Verantwortung, auch weiterhin zur strukturellen Konsolidierung des Bundeshaushalts beizutragen. Die dafür nötigen Priorisierungen sind manchmal schmerzhaft,



Seite 2 von 5

aber tragen dem gemeinsamen Verständnis der Bundesregierung Rechnung. Ich bin allen Kabinettskolleginnen und -kollegen dankbar, dass sie hierzu ihren Teil beitragen. Mir ist bewusst, dass dieser Haushaltsaufstellungsprozess uns allen viel abverlangt und schmerzhaft Einschnitte bedeutet. Wichtig ist dabei, das Gesamtbild im Blick zu haben: Deutschland braucht ein neues Geschäftsmodell. Mein oberstes Ziel ist, dass wir Arbeitsplätze sichern, neue Jobs schaffen und für Wirtschaftswachstum sorgen. Handlungsleitend ist für mich dabei, dass es gerecht zugeht. Unsere Prioritäten bleiben deshalb klar:

1. Wir investieren in Wachstum, Beschäftigung und Modernisierung – sowie in unsere Sicherheit und Resilienz. Die für das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität maßgebliche Investitionsquote im Kernhaushalt erreicht 10,4 Prozent. Ohne das Sondervermögen und dessen Wachstumsimpulse stünde Deutschland in der aktuellen Lage deutlich schlechter da. Zudem können wir durch die Bereichsausnahme die Ausgaben für unsere Sicherheit erhöhen.
2. Wir konsolidieren den Haushalt mit einem strikten Finanzierungsvorbehalt und der Überprüfung aller staatlichen Ausgaben auf ihre Notwendigkeit. Wir gehen verantwortungsvoll mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger um.
3. Wir unternehmen grundlegende Reformen, um unsere Wirtschaft zu stärken und unsere Sozialsysteme zukunftsfest zu machen. Wir entlasten Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen, auch durch schnellere Verfahren, mehr Gerechtigkeit und weniger Bürokratie.

1. Investitionen für neues und schnelles Wachstum

2027 wird das dritte Jahr der Rekordinvestitionen sein. 118,5 Milliarden Euro an Investitionsmitteln (ohne finanzielle Transaktionen) stehen 2027 bereit. Die Investitionsquote in der Abgrenzung von Artikel 143h GG beläuft sich auf über 10 Prozent und das Sondervermögen Infrastruktur mit 500 Milliarden Euro entfaltet seine Wirkung. Wir beseitigen so den Investitionsstau der letzten 20 Jahre durch gezielte Investitionen in Bildung, Betreuung, bessere Verkehrsanbindungen und moderne Krankenhäuser. Diese Investitionen sind ein Beitrag dazu, dass Deutschland stärker und gerechter wird. Es soll zudem ein Bonus-Malus-System im Sondervermögen Infrastruktur für wirksame und schnelle Investitionen eingeführt werden. Sinnvolle und zügige Investitionen sollen einen Bonus erhalten. Langsame Umsetzung oder unwirksame Investitionen führen im Zweifel zu Kürzungen.

Ein wichtiger Baustein für ein resilientes Deutschland ist die Stärkung des Rohstofffonds, damit wir bei kritischen Rohstoffen unabhängiger und weniger erpressbar werden. Das ist entscheidend für unsere Industrie. Mit dem Eckwertebeschluss werden daher im Jahr 2027 für den Rohstofffonds weitere 300 Millionen Euro bereitgestellt.

Ein weiterer Schwerpunkt sind Investitionen in unsere Sicherheit und Resilienz. Denn die Bedrohung des Friedens in Europa durch die russische Aggression ist real. Europa muss



Seite 3 von 5

abschreckungs- und verteidigungsfähig sein. Unsere Aufgabe ist es, alles dafür zu tun, damit wir auch in Zukunft sicher in Deutschland leben. Wir erhöhen unsere Verteidigungsausgaben im Rahmen der Bereichsausnahme. In den Eckwerten zum Bundeshaushalt 2027 steigt die NATO-Quote auf rd. 3,1% und erreicht bis 2030 rd. 3,7 % des BIP. Zudem verdoppeln wir beinahe die Mittel für das Technische Hilfswerk und wappnen uns damit für Stromausfälle, Naturkatastrophen und den Zivilschutz.

2. Konsolidierung: Erste Etappe ist geschafft

Die Eckwerte zeigen für 2027: Wir machen vorausschauende Haushaltspolitik. Wir haben klare ressortspezifische Einsparungen beschlossen und setzen diese konsequent um. Wir erreichen unser Einsparziel von einem Prozent der Ausgaben in den Ressorts und können dadurch den Bundeshaushalt um vier Milliarden Euro entlasten.

Zudem haben wir weitere Konsolidierungsmaßnahmen vereinbart, die die Lücke in 2027 im Vergleich zur Finanzplanung des Bundeshaushalts im letzten Jahr von über 34,3 Milliarden Euro schließen. Erste Maßnahmen aus dem Gesamtpaket sind in den Eckwerten bereits abgebildet. Die Rücklage von 10 Milliarden Euro, die wir gebildet haben, wollen wir möglichst vollständig im nächsten Jahr schonen. In der Finanzplanung für 2028 haben wir die Lücke von über 60 Milliarden Euro schon jetzt halbiert.

Zur Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen werden die fachlich federführenden Ressorts Regelungsvorschläge vorlegen. Gesetzliche Änderungen erfolgen im Haushaltsbegleitgesetz 2027 sowie in weiteren Fachgesetzen. Daher kann noch nicht jede Maßnahme zum jetzigen Zeitpunkt beziffert werden. Diese Maßnahmen sind in den Eckwerten zunächst als Globalpositionen berücksichtigt. Zu ihnen zählen:

- Effizienzmaßnahmen, die durch konsequente Modernisierung mit Blick auf Bürokratieabbau, eine effiziente Verwaltung und einen modernen Staat den Bundeshaushalt jährlich strukturell entlasten.
- eine Weiterentwicklung der Deutschen Rentenversicherung, der Gesetzlichen Krankenversicherung sowie perspektivisch der Sozialen Pflegeversicherung mit der Zielsetzung von Effizienzsteigerungen zur Absenkung der jeweiligen Bundeszuschüsse;
- eine Reform des Elterngeldes und des Wohngeldes um Leistungen so zu modernisieren, dass sie zielgerichteter und effizienter eingesetzt werden - auch im Sinne der Ergebnisse der Kommission zur Sozialstaatsreform.
- die Einführung einer Plastikabgabe sowie einer Zuckerabgabe;
- der Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen, die Anpassung der Alkohol- und Tabaksteuer sowie die Besteuerung von Kryptowährungen und eine verstärkte Bekämpfung von Finanz- und Steuerkriminalität.



Seite 4 von 5

3. Grundlegende Reformen

Neben dem Investitionsstau überwinden wir auch den Reformstau der letzten 20 Jahre, der unserem Land geschadet hat. Wir haben in diesem ersten Regierungsjahr - bei schwieriger Ausgangslage und immer neuen Herausforderungen - viele Dinge auf den Weg gebracht. Der Wachstumsbooster und das Standortfördergesetz haben private Investitionen attraktiver gemacht. Der Deutschlandfonds wurde geschaffen und die Kapitalmärkte gestärkt.

Die Sozialstaatskommission hat wichtige und grundsätzliche Vorschläge gemacht, die es umzusetzen gilt. Heute haben wir eine grundlegende Gesundheitsreform auf den Weg gebracht. Die private Altersvorsorge wurde neu aufgestellt, die Betriebsrenten gestärkt. Die gesetzliche Rente werden wir reformieren, wenn die Alterssicherungskommission ihre Vorschläge im Sommer unterbreitet hat. Dabei werden wir nicht vergessen, dass die gesetzliche Rente für einen großen Teil der Rentnerinnen und Rentner die einzige Alterssicherung ist. Deshalb garantieren wir die Haltelinie. Die gesetzliche Rente bleibt stabil.

All diese Maßnahmen ergreifen wir, weil wir ein modernes, starkes und gerechtes Deutschland wollen. Dafür brauchen wir ein neues Wachstumsmodell und ein umfassendes Gesamtpaket an Reformen, um Deutschland resilient und zukunftsfähig zu machen. Dazu zählt Technologieführerschaft in zentralen Bereichen, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Investitionen, eine moderne industrielle Basis, sichere Lieferketten und funktionierende Kapitalmärkte. Dazu zählen aber auch Mitbestimmung, eine starke Sozialpartnerschaft, zukunftsfähige Sozialsysteme und gerecht verteilter Wohlstand.

Deshalb haben wir in der Koalition fest vereinbart, dieses Jahr eine große Reform der Einkommenssteuer zu beschließen - zur dauerhaften Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen. Sie wird zum 1. Januar 2027 in Kraft treten. Für die Industrie kommt endlich der Industriestrompreis, für den ich mich gemeinsam mit vielen von Ihnen und Euch lange eingesetzt habe. Gerade für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen fördern wir den Umstieg auf E-Autos.

Die Koalition hat zudem Sofortmaßnahmen beschlossen, die die massiven wirtschaftlichen Verwerfungen durch den Iran-Krieg abfedern und die Menschen und Unternehmen spürbar entlasten. Wir haben die Senkung der Energiesteuer auf Diesel und Benzin um jeweils 17 Cent brutto pro Liter begrenzt auf zwei Monate beschlossen. Damit entlasten wir die Menschen sofort. Die damit einhergehenden geschätzten Steuermindereinnahmen für den Bundeshaushalt liegen bei 1,45 Mrd. €. Diese sollen durch kartellrechtliche oder steuerrechtlich abgesicherte Maßnahmen gegenüber den Mineralölwirtschaftsunternehmen kompensiert werden.

Zudem hat sich die Koalition darauf geeinigt, dass es Arbeitgebern im Jahr 2026 ermöglicht wird, eine steuer- und abgabenfreie Entlastungsprämie in Höhe von bis zu 1.000 Euro zu zahlen. Diese



Seite 5 von 5

einmalige Entlastungsprämie kann bis Juni 2027 zur Auszahlung kommen. Steuermindereinnahmen sollen über eine Anhebung der Tabaksteuer finanziert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Am 6. Juli 2026 wollen wir den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2027 und den Finanzplan des Bundes bis 2030 im Kabinett beschließen. Bis dahin müssen die von mir genannten Maßnahmen stehen. Hier steckt noch viel Arbeit drin, denn der Konsolidierungsdruck bleibt unvermindert hoch. Es bedarf weiterhin großer Kraftanstrengungen aller staatlichen Ebenen, um die bestehenden Handlungsbedarfe für die kommenden Jahre aufzulösen. Aber die Leitplanken sind mit den Eckwerten gesetzt. Dies wäre ohne die Fähigkeit zum politischen Kompromiss nicht möglich gewesen. Diese Fähigkeit gehört zum Wesenskern unserer Demokratie, sie zeichnet uns und unser politisches System aus. Ich bin zuversichtlich, dass wir in diesem Sinne auch die weitere Reformstrecke erfolgreich gestalten.

Bei der Umsetzung der Reformen und Konsolidierungsmaßnahmen werden wir sehr genau darauf achten, dass es ein gerechtes Gesamtpaket wird. Das ist und das bleibt mein Anspruch an Veränderungen in unserem Land.

Ich bin überzeugt, dass die Menschen in Deutschland bereit sind, Veränderungen mitzutragen, wenn sie darauf vertrauen können, dass wir die richtigen Schritte gehen und dass es für alle fair bleibt.

Mein Ministerium und ich stehen Ihnen dabei stets zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen